



Susanne Sander

Community Organizing (CO) in Deutschland

Ein Überblick



„Bürgerbeteiligung“ ist für manche ein Schreckensszenario, assoziieren viele doch damit Konflikte, Chaos, Frustration und Ärger, Zeit- und Nervenverlust – z.B. bei Bauvorhaben oder in der Stadtentwicklung. Selten wird dies als Chance für die Entwicklung von etwas Neuem erlebt, dessen Kraft aus dem Gemeinsamen heraus entsteht. Das hat damit zu tun, dass es wenige Vorbilder gibt für gelungene und gelingende Partizipation. Community Organizing (CO) ist ein Ansatz, wie es funktionieren kann. Von Leo Penta als Ansatz nach Deutschland gebracht, hatte ich die Gelegenheit die Etablierung von CO in Deutschland mitzuerleben. Darüber und über die Bedeutung von gelingender Partizipation für die Zukunft unserer Gesellschaft möchte ich hier berichten.

Seit 1999 bin ich in der Stadtteilarbeit tätig, damals als Quartiersmanagerin in Berlin-Moabit. Zu unseren Aufgaben gehörte es, Bewohner für ihren Stadtteil zu interessieren und diese zur Mitarbeit zu gewinnen. Im Rahmen dessen entstand ein monatliches Stadtteilplenum, das regelmäßig von ca. 30 Personen besucht wurde. In Anwesenheit der zuständigen Sachbearbeiter des Bezirks und hin und wieder eines Vertreters des Senats wurde über aktuelle Entwicklungen im Stadtteil informiert, Projekte vorgestellt und je nach Thema Vertreter der Behörden oder der Lokalpolitik eingeladen. Es stellte sich schnell heraus, dass oft aneinander vorbeigeredet wurde, was Frustration auf allen Seiten hervorrief. Anwohner bemängelten, dass ihnen Information und Wissen fehle, wer von den Gästen für was zuständig sei und welche Entscheidungen zu treffen habe. Sie wünschten sich mehr Aufklärung von uns, doch dazu hatten wir keinen „Auftrag“ von der Senatsverwaltung. Als Politikwissenschaftlerin habe ich dies sehr bedauert. Auch war offensichtlich, dass die meisten Missstände vor Ort nicht kleinteilig über Projekte zu lösen waren.

Diese fanden sich genauso in anderen Berliner Stadtteilen und waren eher struktureller Art. Ich begann, mich nach anderen Herangehensweisen umzuschauen. Durch die Teilnahme an einem 10-tägigen Community Organizing (CO) Training damals noch in den USA – dem Herkunftsland des Community Organizing – wurde ich auf diesen Ansatz aufmerksam und war sofort begeistert. Im Training traf ich einen späteren Kollegen aus Deutschland und erfuhr, dass CO bereits in Berlin angekommen war: In Schöneweide, einem Ortsteil im ehemaligen Ostbezirk Treptow-Köpenick, hatte sich eine erste, kleine Bürgerplattform konstituiert, deren hauptamtlicher Organizer er war. Ich kehrte nach Deutschland zurück und hielt den Kontakt. Zwei Jahre später konnten durch einen Unterstützerkreis aus lokalen Unternehmen, darunter einige Wohnungsbaugesellschaften, genügend Finanzmittel zusammengebracht wer-

den, um ein zweites Aufbauvorhaben zu starten. Ich wechselte meinen Job und begann im Juli 2006 mit Unterstützung von Leo Penta als Community Organizerin eine zweite Bürgerplattform in Berlin – in Wedding/Moabit – aufzubauen. Doch hörte man noch viele skeptische Stimmen. Kann dieser Ansatz von unten auch in Deutschland gelingen? Sind die Deutschen nicht zu staatsfixiert? Können sie sich eine Finanzierung unabhängig von staatlichen Mitteln vorstellen? Besteht die Bereitschaft, Unterschiede auszuhalten und sich über Grenzen hinweg zusammenzuschließen? Will sich Zivilgesellschaft vor Ort überhaupt auf Dauer und unabhängig selbst organisieren? Wird es Erfolg bei der konkreten Bewegung von Themen geben? Werden Menschen und deren Gruppen und Institutionen dadurch stärker und auch politischer?

„Es kann sich niemand leisten, nicht mit Ihnen zusammenzuarbeiten.“

Seither hat sich viel getan. Nach einem intensiven gegenseitigen Kennenlernprozess wurde zwei Jahre später im November 2008 „Wir sind da! Bürgerplattform Wedding/Moabit“ mit mehr als 1.150 Menschen aus knapp 40 deutschen, türkischen, arabischen, asiatischen und afrikanischen Gruppen gegründet – der wahrscheinlich größte und vielfältigste Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Gruppen in Deutschland, der sich bewusst unabhängig von staatlicher Förderung ausschließlich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert. „Euch ist etwas gelungen, was wir seit Jahren vergeblich versucht haben“, war ein häufiger Kommentar u.a. von Moscheegemeinden, Verbandsvertretern, Politikern, aber auch von Sozialarbeitern im Anschluss an die Gründungsveranstaltung. „Das Gefühl zusammenzustehen war so stark, dass ich mich noch den ganzen Weg bis zur Bushaltestelle mit Menschen unterhalten habe, die ich vorher noch nie gesehen hatte“ und „Vielleicht ist das der Weg, politisch zu agieren,



der am besten zu unserer heutigen Zeit passt“, waren weitere Rückmeldungen. „Es kann sich niemand leisten, nicht mit Ihnen zusammenzuarbeiten“, war dann auch die Reaktion einer damaligen Abgeordneten der lokalen Bezirksverordnetenversammlung (BVV).

Von manchen Politikern anfangs belächelt, abgelehnt oder mindestens als befremdlich erlebt, eroberten sich die bunten Verhandlungsteams aus z.B. türkischem Muslim, arabischem Geflüchteten und deutscher Vereinsvertreterin durch ihre professionelle Vorbereitung und ihre realistischen Vorschläge Respekt und Anerkennung. Sie führten (und führen) oft zähe Verhandlungen, konnten aber erfolgreich zahlreiche Kompromisse zugunsten der Menschen vor Ort erringen. Zu den ersten Erfolgen gehörte neben dem leuchtenden Beispiel der Standortkonzentration der Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) in Schöneeweide, die Befriedung und Umgestaltung des Leopoldplatzes in Berlin-Wedding, zahlreiche Verbesserungen im damals größten Jobcenter Deutschlands in Berlin-Moabit inklusive der Lösung der Führungskrise im Amt. Begleitet werden die Ehrenamtlichen dabei von hauptamtlichen Organizationalern.

Die Demokratie beim Wort nehmen

„Eure Arbeit wird Politik und Wirtschaft sehr herausfordern und könnte dazu führen, dass sich das Selbstbild und der Umgang mit Bürgern grundlegend verändern werden“, äußerten sich zwei Parteimitglieder hoffnungsfroh nach dem Besuch einer der öffentlichen Verhandlungen (Aktionen) der Bürgerplattform Wedding/Moabit zu den Themen Jobcenter und Leopoldplatz. „Ich war am Anfang sehr skeptisch gegenüber der Bürgerplattform. Aber ich muss zugeben, sie haben beim Thema Jobcenter mehr erreicht als ich“, war die nüchterne Bilanz eines Stadtrats im Bezirk Mitte. Längst haben sich noch mehr Menschen aufgemacht, die Demokratie beim Wort zu nehmen und eine Bürgergesellschaft zu leben, die diesen Namen auch verdient und die das Potenzial hat, das Kräfteverhältnis und das Zusammenspiel zwischen Bürgern, den gewählten Politikern und der Wirtschaft in Deutschland neu zu ordnen – nicht um zu stören, sondern um dazu beizutragen, lokale Missstände und Entwicklungen gemeinsam zu lösen und voranzubringen.

Inzwischen gibt es weitere Bürgerplattformen:

- In Berlin-Neukölln – WIN-Wir in Neukölln, gegründet 2012 – haben sich die Mitgliedsgruppen erfolgreich dafür eingesetzt, dass für die mehr als 60.000 in Neukölln lebenden Muslime ein stillgelegter städtischer Friedhof für muslimische Bestattungen wiedereröffnet wurde.
- Im Kölner Norden – STARK! Im Kölner Norden, gegründet 2016 – wo u.a. Missstände in einer Wohnsiedlung gemeinsam mit dem Wohnungsbauunternehmen beseitigt wurden. Außerdem wurde auf Landesebene eine Ausweitung des islamischen Religionsunterrichtes an öffentlichen Schu-

len ausgehandelt.

- Die erste Bürgerplattform Organizing Schöneeweide wurde 2012 vergrößert und umbenannt in SO! Mit Uns. Die Plattform hat maßgeblich mitgewirkt, dass die Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW) eine Standortzusammenführung in Schöneeweide erhielt. Hinzukommen viele Erfolge zu lokalen Verkehrsthemen. Des Weiteren wurde gemeinsam mit der Neuköllner Bürgerplattform an eine erfolgreiche Kampagne zur gerechteren Ansiedlung fehlender Fachärzte geführt.
- In Berlin-Spandau – Wir bewegen Spandau, gegründet im März 2018 – befassen sich die Gruppen u.a. ebenfalls mit Verkehrsproblemen vor Ort.
- In Duisburg hat sich im Sommer 2018 ein Gründungskreis für den Aufbau einer Bürgerplattform gebildet.

Doch damit nicht genug: Um den eigenen Handlungsspielraum zu erhöhen, arbeiten die vier Berliner Bürgerplattformen an berlinweiten Themenkampagnen gemeinsam, zu denen u.a. der Bau bezahlbarer Wohnungen und die Förderung bezahlbaren Wohneigentums zur Selbstnutzung gehören.¹ Als absehbar war, dass CO seinen Platz in Deutschland finden würde, wurde 2006 das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) als In-Institut der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) gegründet. Dieses agiert als Kompetenzzentrum für Community Organizing in Deutschland. Das DICO begleitet Bürgerplattformen durch die professionelle Ausbildung und Unterstützung hauptamtlicher Organizer, Trainings und Seminare, bei der Akquise von Spenden sowie der treuhänderischen Abwicklung der Finanzen.

Was verbirgt sich hinter den Begriffen Community Organizing/Bürgerplattformen?

Community Organizing versteht sich als Ansatz, eine lebendige, demokratische und vielfältige Zivilgesellschaft zu stärken. Er konkretisiert sich vor Ort in Bürgerplattformen (eng. broad-based community organizations). Bürgerplattformen auf breiter zivilgesellschaftlicher Basis sind eine Art Zweckbündnis der verschiedensten Gruppen (Vereine, Initiativen, Gemeinden, Institutionen etc.) – nicht Einzelpersonen – mit dem Ziel, sich als zivilgesellschaftliche Organisation so aufzustellen, dass sie auf Augenhöhe Belange ihres Stadtteils mit den Entscheidungsträgern aus Politik und Wirtschaft verhandeln können. Eine Bürgerplattform will also durch Selbstorganisation von unten eine gewisse Gestaltungsmacht als Gegenüber zu anderen Entscheidungsträgern darstellen. Das bedeutet in der Praxis eine Erhöhung der Wirkmächtigkeit, für die im Gegenzug Verantwortung als verlässlicher Partner übernommen wird.

Jeder Aufbau einer Bürgerplattform beginnt damit, dass hauptamtliche Organizer zahlreiche Einzelgespräche mit Schlüsselpersonen im Stadtteil führen. Es gilt herauszufinden, ob es Gruppen in den Stadtteilen gibt, die einen Handlungsbedarf

¹ siehe dazu auch den Beitrag von Andreas Richter in diesem Heft



sehen, der ihren bisherigen Einflussbereich überschreitet und die sich, um stärker auftreten zu können, in einer Bürgerplattform zusammenschließen wollen. Diese gilt es zusammenzubringen, um sich gegenseitig kennenzulernen und Vertrauen zueinander aufzubauen. Nach ca. einem Jahr ist absehbar, ob es genügend interessierte Gruppen gibt, die den Aufbau der Bürgerplattform zu ihrer Sache machen. Die Bürgerplattform selber, die durch den Gründungsakt offiziell wird, ist langfristig angelegt, sie soll auf Jahrzehnte agieren können. Themen sind zunächst zweitrangig. Sie werden erst dann gemeinsam von den Gruppen und ihren Mitgliedern erfragt und festgelegt, wenn durch die (mindestens absehbare) Gründung einer Plattform auch wirklich eine Aussicht besteht, diese Themen bewegen zu können.

Dies wiederum verlangt im Vorfeld das interne Aushandeln der Interessen und Prioritäten der Themen zwischen den Gruppen, das Entwickeln eigener Lösungsvorschläge, aber auch eine sorgfältige Analyse der Machtverhältnisse und die Festlegung gemeinsamer Strategien zum Erreichen des Ziels. Auch hier sind die Organizer dazu da, diese Prozesse zu unterstützen und zu begleiten, Menschen fit zu machen, ihre Anliegen in die eigenen Hände zu nehmen und diese gegenüber Entscheidungsträgern zu verhandeln, niemals jedoch inhaltlich zu beeinflussen.

Bürgerplattformen müssen unabhängig agieren können. Deshalb verzichten sie auf staatliche Gelder sowie Gelder, die an eine inhaltliche Einflussnahme gebunden sind. Sie versuchen stattdessen für die bezahlten Kräfte, eine minimale Infrastruktur, Trainings und Seminare der Mitglieder Unterstützer und Spenden einzuwerben und langfristig eigenes Geld in Form von Mitgliedsbeiträgen etc. zu generieren. Sie sind weder religiös noch parteipolitisch gebunden. Sie wollen die Offenheit erhalten, um möglichst viele, möglichst unterschiedliche Gruppen – am besten ein Abbild des Stadtteils bzgl. Alter, Nationalität, Hautfarbe, Bildung, Einkommen – einbinden zu können und jedes erfolgversprechende Thema bearbeiten zu können.

Verständnis statt Vorurteile

Bürgerplattformen sind auch ein niedrighschwelliger Weg politischer Bildungsarbeit und Demokratieförderung. Beginnen viele ihr Engagement mit der Aussage „ich bin politisch uninteressiert, aber ärgere mich über XY“, ändert sich dies oft sehr schnell, wenn an konkreten Missständen gearbeitet wird und die ersten Verhandlungen mit pol. Amtsträgern erfolgen. Jede/r kann nachfragen, wie funktioniert das politische System in meinem Bezirk, in der Stadt etc. Sehr schnell verändert sich auch die Einstellung gegenüber den anderen Akteuren, Vorurteile werden ersetzt durch Verstehen, Ohnmacht durch das Erfahren gemeinsamer Wirkungsmöglichkeiten.

Welche Wirkung erreicht das Engagement für und in Bürgerplattformen für die Veränderung der Gesellschaft oder warum brauchen wir als Gesellschaft sol-

che Ansätze wie Community Organizing?

An Bürgerbeteiligung geht kaum noch ein Weg vorbei. Vor allem in der Stadtentwicklung, bei Bauvorhaben, aber auch in immer mehr anderen Bereichen melden sich Bürger zu Wort und wollen gehört werden. In der Regel organisieren sich dann gleichgesinnte Einzelpersonen über gemeinsame Themen, Programme, Ideologien. Damit werden alle ausgeschlossen bzw. angegriffen, die anders denken/glauben bzw. sich nicht für dieses Thema interessieren oder denen der Zugang zu Information und Wissen fehlt.

Damit Partizipation gelingen und das Zusammenleben in einer Stadt, in einem Stadtteil gewinnen kann, braucht es eine starke unabhängige Zivilgesellschaft und Brückenbauer. Es braucht Menschen, die lernen anzuerkennen, dass kein Mensch wie der andere ist und Heterogenität und unterschiedliche Interessen unsere alltägliche Realität sind. Es braucht Menschen, die sich auf den Weg machen, einander zuzuhören, auch mal die eigene Perspektive zu wechseln und herauszufinden, wo der Schuh drückt, einzuschätzen, was wirklich relevante Themen sind und welche Lösungen gemeinsam dafür entwickelt und verhandelt werden können. Dazu gehört das Ringen um Kompromisse und die Einsicht, Menschen in politischen Ämtern als Gegenüber und nicht als Gegner zu verstehen. Und es braucht Menschen in zivilgesellschaftlichen Führungspositionen, die darin Erfahrung gewonnen haben, diese an andere weitergeben, als positives Beispiel vorangehen und Orientierung geben können. Diese Menschen sind sehr rar in unserer Gesellschaft, Gelegenheiten, dies zu lernen, ebenfalls. Genau diese Menschen entwickeln sich in Bürgerplattformen. Was die Menschen am meisten begeistert, ist voneinander und miteinander zu lernen und zu erleben, wie gesellschaftliche Veränderung und Zusammenhalt möglich werden.

Um das jedoch voranbringen und erhalten zu können, braucht es zwei Dinge: gutes Personal und Menschen und Unternehmen, die durch ihre Spende diese Arbeit erst möglich machen.

Ich bin jetzt seit 11 Jahren als hauptamtliche Organizerin und seit 2007 als stellvertretende Leiterin des DICO tätig. Ich habe erlebt, wie Aktionskampagnen gewonnen oder auch verloren wurden. Immer aber habe ich erlebt, wie Menschen miteinander und voneinander gelernt haben, sich konstruktiv einzubringen, wie sie an Selbstbewusstsein und Handlungsfähigkeit gewonnen und Veränderungen in ihrem Umfeld und

Susanne Sander

Stellvertretende Leiterin des DICO – Deutsches Institut für Community Organizing, Berlin

ihren Gruppen vorangebracht haben. Das begeistert mich bis heute!